

An  
die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel,  
den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Heiko Maas,  
die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Bärbel  
Kofler,  
den Deutschen Bundestag,

in Nicaragua kommt es gegenwärtig zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen die eigene Bevölkerung durch die Regierung von Präsident Daniel Ortega. Die Regierung weigert sich, einen Dialog mit der Opposition zu führen, um eine friedliche Lösung der politischen Krise zu finden. Daher wenden wir, eine zivilgesellschaftlich engagierte Gruppe Deutsch-Nicaraguaner(innen) aus verschiedenen Städten in Deutschland, uns an Sie mit dem dringenden Appell, das nicaraguanische Volk bei seiner Forderung nach Menschenrechten, Demokratie und Frieden zu unterstützen.

Im April 2018 begannen in Nicaragua Proteste gegen die Regierung Ortega. Das Regime von Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo geht seitdem massiv gegen die eigene Bevölkerung vor. Hunderte Protestierende sind seitdem getötet worden, je nach Quelle werden zwischen 300 und über 500 Getötete gezählt.

Über 500 Menschen werden in Gefängnissen ohne Verurteilung inhaftiert. Bei den Todes- und Gewaltopfern staatlicher Gewalt handelt es sich vorwiegend um junge Studierende und friedlich protestierende Demonstranten. Mehrere Menschenrechtsorganisationen wie UN Human Rights Council (UNHR), Amnesty International (AI) oder die interamerikanische Menschenrechtsorganisation CIDH belegen, dass die Rechte der Inhaftierten auf körperliche Unversehrtheit nicht respektiert werden. Folterungen, seelische Misshandlungen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe der Polizei auf die Inhaftierten wurden in den Berichten der Menschenrechtsorganisationen dokumentiert (UNHR, CIDH, AI). Um der anhaltenden staatlichen Gewalt zu entkommen, befinden sich nach Erkenntnissen verschiedener Quellen (COSEP, FUNIDES) ca. 70.000 Menschen auf der Flucht.

Die demokratischen Staatsorgane wurden von der diktatorischen Regierung außer Kraft gesetzt und gleichgeschaltet. Nur so konnte der Präsident Gesetze erlassen, die jede protestierende Person unter generellen Terrorverdacht stellt. Dieser Verdacht reicht für eine Festnahme aus. Rechtssicherheit besteht nicht. Das Rechtssystem führt keine transparenten und unabhängigen Gerichtsprozesse durch. Menschenrechtsorganisationen (wie CENIDH, CPDH, ANPDH und CIDH) konnten vielfach Falschaussagen durch die Anklage nachweisen.

Nach dem Ende des Guerillakrieges verfügte die Republik Nicaragua in den achtziger Jahren über ein demokratisches System, in dem die Gewaltenteilung etabliert wurde. Nunmehr ist das politische System des ehemaligen Hoffnungsträgers Daniel Ortega zu einem autokratischen Gewaltssystem pervertiert, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die eigene Bevölkerung begeht, jeden Andersdenkenden mit Gewalt verfolgt und die Macht des Staates in der Hand des Präsidenten und seiner Vizepräsidentin/Ehefrau zementiert. Unabhängige staatliche Institutionen existieren schon lange nicht mehr, sondern werden von der Familie Ortega-Murillo gesteuert und manipuliert.

Kirchenvertreter und Priester, die sich intensiv für einen Dialog zur Lösung des Konfliktes eingesetzt haben, werden malträtiert und verfolgt. Einige mussten bereits ins Exil gehen. Die intellektuelle Elite des Landes, wie Schriftsteller(innen) Dichter(innen), Künstler(innen), Wissenschaftler(innen), hat sich zum Großteil ins Exil begeben müssen, da sie wegen ihrer regierungskritischen Haltung um ihr Leben fürchten müssen. Auch die medizinische Versorgung und das Bildungssystem sind nicht mehr neutral. Viele Ärzte(innen) wurden entlassen, weil sie sich der staatlichen Anordnung, Oppositionelle nicht zu behandeln,

verweigerten. Zahlreiche Lehrer(innen) und Professor(innen) wurden ebenfalls entlassen, weil sie sich kritisch gegenüber der Regierung äußerten.

Die in der Verfassung garantierten Rechte auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit sind außer Kraft gesetzt. Die Menschen können nicht mehr auf der Straße friedlich von ihrem Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, ohne sich und ihre Familien in Gefahr zu bringen. Selbst so einfache Handlungen wie das Singen der Nationalhymne, das Tragen der Nationalflagge oder der Nationalfarben in der Öffentlichkeit oder jegliche Symbole des Protestes führen zu polizeilicher oder paramilitärischer Gewalt seitens des Staates.

Die Menschenrechtsverletzungen des Ortega-Murillo-Regimes sind umfangreich durch die seit dem 15. Dezember 2018 in Nicaragua verbotene Menschenrechtskommission CENIDH und die Menschenrechtskommission der OAE (Vereinigung amerikanischer Staaten) dokumentiert. Die Repression der nicaraguanischen Regierung richtet sich gegen die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsorganisationen, LGBTTIQ, Journalistinnen und Journalisten, Studierende, NGO und Kirchen. Um "unliebsame" Nichtregierungsorganisationen mundtot zu machen, werden fadenscheinige Gründe herangezogen, um den Entzug des Rechtsstatus zu rechtfertigen. Viele der betroffenen Organisationen sind bzw. waren Partnerorganisationen der deutschen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Zusätzlich hat das Regime die Interdisziplinäre Gruppe Unabhängiger Sachverständiger (GIEI) einen Tag vor der Veröffentlichung ihres Abschlussberichts über die ersten 42 Protesttage sowie des Follow-up-Mechanismus für Nicaragua (MESENI) ausgewiesen. Der Entzug des Rechtsstatus von CENIDH und der NGO „Hagamos Democracia“ („Wir machen Demokratie“) wird eine weitere Verengung demokratischer Spielräume mit sich bringen und erfordert dringend den Einsatz der internationalen Gemeinschaft für sichere zivilgesellschaftliche Handlungsräume in Nicaragua.

Ebenfalls im Dezember 2018 wurden die Redaktionen der Nachrichtensender Confidencial, Esta Semana und 100%-Noticias überfallen und geplündert. Der Vorsitzende, die Chefredakteurin und mehrere Mitarbeitende des Nachrichtensenders 100%-Noticias wurden inhaftiert und das Signal des Senders wurde blockiert. Andere unabhängige Journalisten wurden bedroht, so dass sie das Land verlassen mussten.

Die nicaraguanischen Behörden gehen weiterhin und mit unverminderter Härte gegen Zivilisten, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsorganisationen vor. Die Angriffe im Dezember 2018 gegen Nachrichtensender und das Verbot von Menschenrechtsorganisationen zeigen, dass die Regierung ihre Strategie, nicht regierungskonforme Meinungen zu unterdrücken und jegliche Kritik rücksichtslos auszulöschen, fortsetzt.

Nicaragua befindet sich zurzeit in einer tiefen Krise, die sich auch wirtschaftlich auswirkt. Gerade der Tourismus, der in den letzten Jahren neben Kaffee, Fleisch und Zucker zu den wichtigsten Sektoren für das wirtschaftliche Wachstum gehörte, ist nunmehr vollends zum Erliegen gekommen. Nach Angaben des Obersten Rates für Private Unternehmen (COSEP) haben zwischen April und September 2018 mindestens 417.000 Menschen aufgrund der sozio-politischen Krise ihren Arbeitsplatz verloren. Wirtschaftlich wird nach neuesten Hochrechnungen davon ausgegangen, dass ein Negativwachstum von 9% zu erwarten sei (COSEP, Funides). Es ist zu erwarten, dass das für das schon vorher zweitärmste Land Lateinamerikas verheerende Folgen haben wird.

Wir, die in Deutschland lebenden Deutsch-Nicaraguaner(innen), sind in großer Sorge um unsere Familien und Freunde in Nicaragua. Über das Persönliche hinaus beunruhigen uns auch die politische und sozioökonomische Krise und die Konsequenzen, die sich langfristig für das Land und seine Bevölkerung daraus ergeben werden. Heute und mit diesem Brief wollen wir die Stimme für das nicaraguanische Volk erheben, das nicht mehr für sich selbst sprechen kann. Es ist jetzt auf internationale Unterstützung angewiesen, damit die Diktatur des Ehepaars Ortega-Murillo baldmöglichst beendet wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht weiter tatenlos zusehen, wie Nicaragua in einer blutigen Diktatur versinkt: Die Bundesregierung muss sich bei den Vereinten Nationen, im Sicherheitsrat und bei der EU noch stärker dafür einsetzen, dass die Situation in Nicaragua erneut auf die politische Agenda kommt und nicht nur von den USA, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft Sanktionen gegen die nicaraguanische Regierung verhängt werden. Diese Druckmittel sollten gezielt die Familie Ortega-Murillo und deren Handlanger betreffen und nicht zu Lasten des Volkes gehen.

**Wir hierzulande ansässigen Deutsch-Nicaraguaner(innen) fordern die Bundesregierung auf:**

- **Sich auf bilateraler Ebene dafür einzusetzen, dass die Menschenrechtsverletzungen unverzüglich eingestellt werden, die Unabhängigkeit von Justiz und Medien wiederhergestellt wird und dem nicaraguanischen Volk seine Grundrechte zurückgegeben werden.**
- **Sich dafür einzusetzen, dass alle politischen Gefangenen in Nicaragua freigelassen werden.**
- **Sich bei den Vereinten Nationen und innerhalb der EU noch stärker dafür einzusetzen, dass die kritische Lage in Nicaragua wieder stärker auf die politische Agenda rückt und Strafmaßnahmen der universellen Justiz und andere Druckmittel gegen das Ortega-Murillo-Regime angewendet werden.**
- **In ihrer Rolle als Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu beantragen und zu unterstützen, dass der Bericht der unabhängigen und interdisziplinären Expertengruppe der Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (veröffentlicht 21. Dezember 2018) mit der Schlussfolgerung, dass die Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, im UN-Sicherheitsrat schnellstmöglich erörtert wird und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.**
- **Alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, damit unabhängige Beobachter und Menschenrechtsorganisationen wieder ihre Arbeit in Nicaragua aufnehmen können, so dass die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und juristisch aufgearbeitet werden können.**
- **Humanitäre Hilfsmaßnahmen für die in Deutschland und in anderen Ländern ankommenden nicaraguanischen Flüchtlinge und politisch Verfolgten anzubieten und Bildungsprogramme für alle Schüler und Studierenden einzuleiten, die aktuell am stärksten von der Krise in Nicaragua betroffen sind.**

Außenminister Heiko Maas sagte anlässlich der Wahl in den UN-Sicherheitsrat der Weltbevölkerung, die Rolle Deutschlands sei, sich nicht wegzugucken, sondern auch in schwierigen Entscheidungen Farbe zu bekennen und Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen (RP-Online). Wir bitten die Bundesregierung Deutschland, dieser öffentlich geäußerten Verantwortung gerecht zu werden und sich nachhaltig für Menschenrechte und Demokratie in Nicaragua einzusetzen.

Wir wären Ihnen für Ihre Unterstützung des nicaraguanischen Volkes bei seinem Streben nach Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechten und Frieden sehr dankbar. Wir verbleiben in der Hoffnung, dass der Frieden in Nicaragua bald wiederhergestellt wird und unsere Familien und Freunde in Nicaragua die Zuversicht nicht verlieren, dass ihre demokratisch verbrieften Rechte im diesem neuen Jahr wieder respektiert und eingehalten werden.

Über eine Antwort an [uab.alemania@gmail.com](mailto:uab.alemania@gmail.com) würden wir uns freuen.

Hochachtungsvoll

**Unidad Azul y Blanco Alemania\***



**SOS Nicaragua Alemania**



\*Por la vida , la paz y la democracia en Nicaragua  
Berlín, Alemania

\*SOSNicaragua Bonn

\*SOSNicaragua Dresden

\*SOSNicaragua Hamburg

\*SOSNicaragua Frankfurt

\*SOSNicaragua Freiburg

\*SOSNicaragua Leipzig

\*SOSNicaragua München

\*SOSNicaragua Oldenburg

## Quellen

- **Reports:**

CIDH, Country Report Nicaragua (2018) in:

<http://www.oas.org/en/iachr/reports/pdfs/Nicaragua2018-en.pdf> (Zugriff 30.12.2019)

ONU, Human rights violations and abuses in the context of protests in Nicaragua (2018) in:

[https://www.ohchr.org/Documents/Countries/NI/HumanRightsViolationsNicaraguaApr\\_Aug2018\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Countries/NI/HumanRightsViolationsNicaraguaApr_Aug2018_EN.pdf) (Zugriff 30.12.2019)

Amnesty International, Instilling Terror: From lethal force to persecution in Nicaragua (2018) in:

<https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR4392132018ENGLISH.PDF> (Zugriff 30.12.2018)

GIEI, Informe sobre los hechos de violencia ocurridos entre el 18 de abril y el 30 de mayo de (2018) in: [http://gieinicaragua.org/giei-content/uploads/2018/12/GIEI\\_INFORME\\_DIGITAL.pdf](http://gieinicaragua.org/giei-content/uploads/2018/12/GIEI_INFORME_DIGITAL.pdf) (Zugriff 30.12.2018)

- **Weitere Quellen:**

Deutschlandfunk, Nicaragua in der Sackgasse (2018) in: [https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-in-der-sackgasse-die-gefahr-eines-bewaffneten.724.de.html?dram:article\\_id=433437](https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-in-der-sackgasse-die-gefahr-eines-bewaffneten.724.de.html?dram:article_id=433437) (Zugriff am 29.12.2018)

FAZ, Ortega will Kritiker zum Schweigen bringen (2018) in: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ortega-will-kritiker-zum-schweigen-bringen-15944644.html> (Zugriff 29.12.2018)

Deutschlandfunk, Fernsehsender „100% Noticias“ geschlossen (2018) in: [https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-fernsehsender-100-noticias-geschlossen.1939.de.html?drn:news\\_id=958806](https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-fernsehsender-100-noticias-geschlossen.1939.de.html?drn:news_id=958806) (Zugriff 29.12.2018)

Deutschlandfunk, Auch Redaktionsleiterin von „100% Noticias“ angeklagt (2018) in: [https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-auch-redaktionsleiterin-von-100-noticias-angeklagt.1939.de.html?drn:news\\_id=959284](https://www.deutschlandfunk.de/nicaragua-auch-redaktionsleiterin-von-100-noticias-angeklagt.1939.de.html?drn:news_id=959284) (Zugriff 29.12.2018)

El Periodico, Más de 400.000 nicaragüenses han perdido sus empleos en los últimos seis meses (2018) in: <https://www.elperiodico.com/es/internacional/20181109/nicaragua-desempleos-crisis-sociopolitica-7137241> (Zugriff 30.12.2018)

RP Online, Maas zur Wahl in den UN-Sicherheitsrat: „Wir wollen uns nicht wegducken“ (2018) in: [https://rp-online.de/politik/ausland/deutschland-im-sicherheitsrat-maas-wir-wollen-uns-nicht-wegducken\\_aid-23310381](https://rp-online.de/politik/ausland/deutschland-im-sicherheitsrat-maas-wir-wollen-uns-nicht-wegducken_aid-23310381) (Zugriff 29.12.2018)